

Einsatz von Missionaren, Ordensleuten und Entwicklungshelfern für Schulen und Gotteshäuser, für Hospitäler und Werkstätten sorgte. Die christlichen Kirchen haben die rasche Entwicklung dieses Landes geprägt. Doch dazu gehört auch, daß durch die Rivalitäten zwischen anglikanischen Predigern aus Großbritannien und „Weißen Vätern“ aus dem katholischen Frankreich die Einwohner Ugandas bis zur Unabhängigkeit politisch und kirchlich verunsichert wurden. Bis auf den heutigen Tag haben sich die Kirchen in die politischen Entwicklungen verstricken lassen.

Längst ist der Erzbischof von Kampala, Kardinal *Emmanuel Nsubuga*, auch zu einer politisch relevanten Größe gewachsen, da er vor allem für das größte Volk des Landes, die Baganda, zum könig-gleichen „Kabaka“ geworden ist. Sein Wort – weniger sein geistliches als vielmehr seine politische Predigt – hat im Lande Gewicht. Und keiner der vier bisherigen Präsidenten hat es versäumt, dem Kirchenfürsten eine Luxuslimousine zu schenken, die dieser bislang auch alle dankbar angenommen hat. Doch die facettenreiche Geschichte der katholischen Kirche Ugandas wird besonders von der *tiefen Gläubigkeit des Volkes* charakterisiert, das seiner Religiosität mit Hingabe und Begeisterung Ausdruck verleiht und das auch heute den Worten der Frohen Botschaft mehr traut als den leeren Versprechungen kurzlebiger Politiker. Dies hat sich bereits vor mehr als hundert Jahren gezeigt, als der damalige intrigante Kabaka über 200 Christen verschiedener Konfessionen ihres christlichen Glaubens wegen hinrichten ließ. Darunter die Heiligen Charles Lwanga, Joseph Mukasa und ihre zwanzig Gefährten, denen in Namugongo ein eindrucksvolles Zeugnis afrikanischer Baukunst geweiht ist.

Längst ist Ugandas Ortskirche einheimisch geworden. Die Hälfte der über tausend Priester sind wie 16 der 18 Bischöfe Afrikaner, 2300 Ordensschwwestern arbeiten in der Seelsorge (neben den 8200 Katechisten), in den vie-

len Kindergärten, den nahezu 2000 Primar- und 140 Sekundarschulen und den medizinischen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft. Der Orden der Weißen Väter, die Comboni-Missionare aus Verona und die Mill-Hill-Fathers haben zusammen mit den Verantwortlichen des Katholischen Sekretariates der ugandischen Bischöfe das ganze Land mit einem gut funktionierenden kirchlichen Versorgungsnetz überzogen. Unterstützung erhielten sie dabei von europäischen und amerikanischen Mitchristen. Die Gottesdienste am Sonntagmorgen sind landesweit überfüllt, in den Priesterseminaren bereiten sich über 550 Kandidaten auf ihren priesterlichen Dienst vor. Die Seminaristen – wie etwa in Hoima – engagieren sich auch in der Landwirtschaft, um die Einrichtungen von europäischen Hilfswerken unabhängiger zu machen.

Militär attraktiver als Gottesdienst?

In einem Land, das jahrzehntelang in Bürgerkriegen und Stammesfehden nahezu ausgeblutet ist, dessen Jugend – ca. 65 % der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt – kaum anderes erlebt hat als Krieg, Mord, Angst und Flucht und die auch heute angesichts der anhaltenden Unruhen im Land und unter Bedrohung von Aids und Arbeitslosigkeit kaum eine vielversprechende Zukunftsperspektive hat, kann die Kirche nicht mit landläufigen Maßstäben beurteilt werden. Es gibt zu denken, daß besonders die Jugend der Provinzstädte der Kirche gegenüber eher zurückhaltend eingestellt ist. Viele Jugendliche finden heute eher zum Militär als zum Sonntagsgottesdienst. Bedenklich stimmt, daß vor allen Dingen Jugendliche mit Schulabschluß und Studenten seltener zur Kirche finden als die Jugend auf dem Land. Dennoch, Bischof *Willigers* aus *Jinja* ist sicher: Die Jugend Ugandas ist dem Evangelium gegenüber offen und respektiert eine glaubwürdige Kirche. Doch gerade die wäre in solchen Krisenzeiten ganz besonders gefordert.

Bernd Kaut

Kurzinformationen

Eine Delegation der russisch-orthodoxen Kirche besuchte Anfang Februar die Bundesrepublik.

Die russisch-orthodoxe Delegation unter der Leitung des Minsker Metropoliten *Philaret*, der gleichzeitig das Kirchliche Außenamt des Moskauer Patriarchats leitet, erwiderte damit den Besuch einer deutschen Bischofsdelegation in der Sowjetunion Anfang Juni 1986 (vgl. HK, Juli 1986, 343). Den theologischen Gesprächen zwischen den Gästen aus der Sowjetunion und deutschen Bischöfen (Leiter der deutschen Delegation war der Erzbischof von München und Freising, Kardinal *Friedrich Wetter*) am 10. und 11. Februar ging ein *kirchlich-religiöses Be-*

suchsprogramm voraus: Besucht wurden der Marienwallfahrtsort Altötting, die Benediktinerabtei Niederaltaich (sie unterhält ein ostkirchliches Institut) und das frühere Konzentrationslager Dachau. Die theologischen Gespräche galten zum einen dem Thema „Einheit der Kirche und Einheit der Menschheit gemäß den Sakramenten der Initiation“, zum anderen der Frage nach dem *Friedensauftrag der Kirche*. In den Gesprächen, so hieß es, hätten sich die unterschiedlichen Möglichkeiten der beiden Kirchen gezeigt, an dem christlichen Friedensdienst mitzuwirken. Diese Erkenntnis werde man in weiteren Gesprächen vertiefen müssen, um zu vermeiden, daß man in praktischen Fragen des Friedensdienstes aneinander vor-

bei rede. Die beiden Kirchen unterstützen die politischen Vereinbarungen zur Abrüstung und hofften, daß weitere Vereinbarungen folgen würden. Die russische Delegation lud die Deutsche Bischofskonferenz zu den Millenniumsfeierlichkeiten im Frühsommer dieses Jahres in die Sowjetunion ein; die deutschen Bischöfe haben die Einladung angenommen. Metropolit Philaret sprach ebenfalls die Einladung zur Fortsetzung der Gespräche zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Moskauer Patriarchat bei einer *dritten Begegnung* aus: Sie soll in Minsk stattfinden.

Vom 14. bis 19.12.1987 fand in Budapest ein Seminar über „Theologie des Friedens“ statt.

Es setzte ein erstes Seminar zum gleichen Thema im September 1984 am gleichen Ort fort. Veranstalter waren 14 Kirchen und christliche Friedensorganisationen aus Ost- und Westeuropa, Nordamerika und der Dritten Welt, wobei die Katholische Kirche durch „Pax Christi Internationalis“ vertreten war. Gastgeber war das Ráday Collegium der Ungarischen Reformierten Kirche. 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung gefolgt. Gegenüber einem ursprünglichen östlich-westlichen Dialog über den Beitrag von Christen zu Versöhnung und Frieden erscheint heute die Fragestellung solcher Seminare stark ausgeweitet. Wie im Weltrat der Kirchen schieben sich die *Probleme der Länder der Dritten Welt* stärker in den Vordergrund. Diese Entwicklung spiegelt sich bereits deutlich in der Umschreibung der dreifachen Zielsetzung des Seminars wider, die auch den drei Hauptreferaten am ersten Tag zugrunde lag: „Zeugnis für den Frieden Gottes in einer bedrohten Welt“, „Gerechtigkeit und Friede umarmen sich“ (Ps 85). „Spannungen und Erfahrungen in unserem Kampf für Frieden und Gerechtigkeit“ und „Zusammenkunft zum Bundes-schluß: auf der Suche nach der Einheit der Kirche und der Erneuerung der Menschheit“. Prof. *Jürgen Moltmann* (Tübingen) wies in seinem Vortrag zum ersten Thema auf den inneren Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden hin und warnte davor, das eine Anliegen gegen das andere auszuspielen. Ihm folgte als Vertreter der Dritten Welt der Uruguayer Jesuit *Luis P. Aguirre*. Er belegte die Not der Masse der Bevölkerung in den Ländern der Dritten Welt mit eindrucksvollen Zahlen und forderte dazu auf, nach den strukturellen Ursachen der Verelendung zu suchen. Erzbischof *Kyrill von Smolensk* und *Wjasma* forderte ein neues Denken und berief sich dafür nicht nur auf die neue sowjetische Führung, sondern auch auf die christliche Tradition Rußlands und seiner Denker im 19. und 20. Jahrhundert.

Kardinal Decourtray mahnt die Einhaltung kirchlicher Normen in der Fortpflanzungsbiologie an.

Nach dem Gespräch von Vertretern von vier europäischen katholischen Universitäten, deren bischöflichen Großkanzlern und den Kardinälen *Baum* und *Ratzinger*

in Rom (vgl. HK, Februar 1988, 57) war stellenweise der Eindruck entstanden, bei der Anwendung des Schreibens der Glaubenskongregation von 1987 „Donum vitae“ könnte doch ein wenn auch kleiner Spielraum bestehen. Allein in Frankreich sind mehrere katholische Kliniken von den in „Donum vitae“ ausgesprochenen Verboten betroffen. Umstritten ist dabei in erster Linie die kirchliche Haltung zur künstlichen Befruchtung bei Ehepartnern (homologe In-vitro-Fertilisation). Kardinal Decourtray wies nun darauf hin, daß – unbeschadet der Tatsache, daß es sich hier nicht um eine unfehlbare Entscheidung des kirchlichen Lehramtes handle – die Gläubigen gehalten seien, diese Instruktion als eine Darstellung der kirchlichen Lehre zu beachten. Die vom kirchlichen Lehramt aufgestellten Normen beträfen diejenigen, die sich zur kirchlichen *Communio* zugehörig fühlten. Die moralische und Lehr-Autorität dieser Instruktion ergebe sich nicht aus ihrer rationalen Argumentation, sondern aus der *Lehrverantwortung des Papstes*, der diese Lehre verkünden lasse bzw. selbst verkünde. Die Katholiken sollten – so Decourtray – der von den Hirten der Kirche verkündeten Lehre *vertrauen*. Die Kirche führe sie nicht in die Irre. Einen Tag vor der Erklärung Decourtrays war der Leiter des vatikanischen Pressesaals, *Joaquim Navarro-Vals*, gleichfalls Vermutungen entgegengetreten, der Heilige Stuhl könne bei der Anwendung von „Donum vitae“ eine weniger strikte Haltung einnehmen, wie sie im Anschluß an das Treffen vom 9. Januar verbreitet wurden: Die Ablehnung des Heiligen Stuhls in der In-vitro-Befruchtung sei „kategorisch“. Eine abweichende Haltung in diesen Fragen von seiten katholischer medizinischer Einrichtungen werde nicht geduldet.

In einer großen Unterschriftenaktion forderten tschechische und slowakische Katholiken volle Religionsfreiheit.

In den letzten Wochen zirkulierte in der ČSSR eine Petition tschechischer und slowakischer Katholiken, in der gegen die Drosselung der Kirche durch die staatlichen Behörden protestiert, die Trennung von Kirche und Staat verlangt und in detaillierter Auflistung die Abschaffung der das kirchliche Leben und die religiöse Freiheit einschränkenden Gesetze gefordert wird. Verlangt werden in der Petition u. a. volle Freiheit der Kirche bei der Ernennung der Bischöfe, Rücknahme der staatlichen Einflußnahme auf die Priesterausbildung, das Recht zur Errichtung von Pfarrgemeinderäten, wie sie seit dem II. Vatikanum gesamt-kirchlich üblich sind, die Gründung „freier religiöser Laienbewegungen“, die Wiederzulassung der religiösen Orden, unbehinderte religiöse Verlagstätigkeit und die Zulassung religiöser Sendungen in Hörfunk und Fernsehen. Die Ermöglichung unbehinderter Kontakte mit dem Ausland, die vom Staat nicht reglementierte Erteilung des Religionsunterrichts „außerhalb der Schule in Pfarreinrichtungen oder in Kirchen“ und die Rückgabe vom Staat beschlagnahmter kirchlicher Objekte sind weitere Forderungen. Die Petition, die

Ende Februar der Regierung überreicht werden soll, konnte bisher aber in der Tschechoslowakei nicht veröffentlicht werden. Anfang Februar hatten aber bereits über 200 000 tschechische und slowakische Katholiken die Petition unterzeichnet. – Während der Erzbischof von Prag, Kardinal *Tomášek* die Petition ausdrücklich unterstützte und sie mitunterzeichnete, gab es in der Slowakei Widerstand einzelner, den staatlichen Behörden verpflichteter und der Friedenspriesterbewegung „*Pacem in terris*“ nahestehender Diözesanleitungen. So verbot der interimistische Verwalter der Diözese Rožnava (Rosenau), *Zoltán Belak*, den Priestern ausdrücklich, auf die Petition hinzuweisen oder für deren Unterzeichnung zu werben. Und der „Kapitelvikar“ der Diözese Košice (Ka-

schau), *Stefan Onderko*, ließ in einer als „Befehl des Ordinariats“ bezeichneten Weisung an den Klerus erklären: ohne Genehmigung der territorialen kirchlichen Autorität sei es nicht gestattet, „irgendwelche schriftlichen Aktionen oder Versammlungen der Priester im Gebiet unserer Diözese durchzuführen“. – Die Unterschriftenaktion lief (wohl nicht ganz zufällig) parallel zur jüngsten Verhandlungsphase der ČSSR-Staatsführung und des Vatikans über die Ernennung neuer Bischöfe. Bekanntlich sind zehn von dreizehn Diözesen in der ČSSR gegenwärtig ohne Bischof. Die Verhandlungen blieben im Januar in Prag ebenso ergebnislos wie Ende November in Rom. Sie sollen Ende Februar in Rom fortgesetzt werden.

Notizen

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD veröffentlichten am 9. Februar die Gemeinsame Erklärung „Unsere Verantwortung für den Sonntag“. Darin warnen die Kirchenleitungen vor allem vor einer weiteren Aushöhlung des Sonntags durch die Zunahme von Erwerbsarbeit an diesem Tag über das erreichte Maß hinaus auch in weiteren Branchen der Wirtschaft. Es handelt sich bei dieser Erklärung bereits um die zweite gemeinsame evangelisch-katholische Stellungnahme zu diesem Thema (vgl. HK, Oktober 1985, 489f.). Wegen der Dokumentation der Enzyklika „*Sollicitudo rei socialis*“ (vgl. ds. Heft, S. 124) können wir die Erklärung erst im nächsten Heft abdrucken.

In einem vom 4. Dezember 1987 datierten und am 4. Februar veröffentlichten Apostolischen Schreiben erinnerte *Johannes Paul II.* an das *Zweite Konzil von Nizäa* im Jahr 787, das die Bilderverehrung in der Kirche gegen den ikonoklastischen Einspruch legitimierte. Der Papst hob vor allem auf die Bedeutung ab, die dieses Konzil der ungeschriebenen Überlieferung der Kirche beigemessen habe: Sie stelle für Katholiken wie für die Orthodoxen die „eindringliche Aufforderung dar, nochmals gemeinsam den Weg der Tradition der ungeteilten Kirche zu durchlaufen..., um schließlich ... die volle Gemeinschaft in der sichtbaren Einheit wiederzuerlangen“.

Die päpstliche Kommission „*Iustitia et Pax*“ veröffentlichte am 2. Februar ein umfangreiches Dokument zum Problem der *Obdachlosigkeit*. Der Text hebt darauf ab, daß Obdachlosigkeit (in zahlreichen Ländern ein Massenphänomen) nicht isoliert betrachtet werden dürfe, sondern Ausdruck einer strukturellen Krise

sei. Die Lage der Obdachlosen sei Folge von Armut und gesellschaftlicher Marginalisierung. Die einzelnen Ortskirchen (der Erklärung liegt eine Umfrage bei den Bischofskonferenzen zugrunde) gingen das Problem der Obdachlosigkeit auf drei Ebenen an: Sie leisteten materielle Hilfe, um Unterkünfte für die Familien zu schaffen, bemühten sich um Erziehung und Förderung der Gemeinschaft und um den Dialog mit den Verantwortlichen, um die Gesetzgebung zu verbessern.

Neuer Bischof der Diözese Dresden/Meißen wurde als Nachfolger des im Sommer 1987 zurückgetretenen Bischofs *Gerhard Schaffran* der 51jährige Caritas-Direktor der Diözese, *Joachim Reinelt*. Der neue Bischof war den größten Teil seiner bisherigen kirchlichen Laufbahn als Pfarrer und Dekan in der Seelsorge tätig. Diözesan-Caritasdirektor war Reinelt erst seit 1986. Reinelt gehört der Focolare-Bewegung an.

In einem kurzen „Gemeinsamen Wort“ haben die EKD und der *Evangelische Kirchenbund in der DDR* aus Anlaß der Tausendjahrfeier der russisch-orthodoxen Kirche an die deutschen Verbrechen gegenüber der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg erinnert und zu Versöhnung und Verständigung aufgerufen. „Die von Deutschen den Menschen der Sowjetunion angetanen Frevel sind bis dahin unvorstellbar gewesen. Mit der Haftung für ihre Folgen sind wir alle belastet, auch wenn Widerstand damals lebensgefährlich war, auch wenn sich die meisten von uns heute wegen ihres Lebensalters oder wegen ihrer damaligen Einflußlosigkeit keine persönliche Schuld zurechnen müssen“. Die Erklärung erinnert auch an das Deutschen angetane Leid und spricht sich dagegen

aus, Schuld gegen Schuld, Unrecht gegen Unrecht aufzurechnen.

Die USA und Frankreich seien die beiden Länder, aus denen er die meisten Briefe erhalte, und zwar nicht nur von Bischöfen, sondern ebenso von Laien, sagte der Präfekt der römischen Glaubenskongregation, Kardinal *Josef Ratzinger*, in einem Interview der Bistumszeitung der Erzdiözese New York „*Catholic New York*“. Ratzinger führte diese Tatsache auf den hohen Bildungsstandard sowie die demokratischen Traditionen beider Länder zurück. Aus den Briefen spreche in den meisten Fällen eine „tiefe Loyalität zum Heiligen Stuhl“. Die Briefe beschäftigten sich oft mit kontrovers diskutierten aktuellen Themen. Sie spiegelten die Meinung von „typischen Katholiken“ wider, denen daran gelegen sei, daß die katholische Kirche bleibe.

Während eines Aufenthaltes in Wien erklärte der Leiter des ungarischen staatlichen Kirchenamtes, *Imre Miklós*, ein *Besuch des Papstes in Ungarn* sei keineswegs ausgeschlossen. Er persönlich halte einen Besuch des Papstes sogar für gut möglich; allerdings sei noch kein entsprechender Wunsch an die ungarische Regierung herangezogen worden. Auf den *nächsten Papstbesuch in Österreich* angesprochen, versicherte Miklós, es gebe seitens der Regierung in Budapest keine Einwände gegen eine Teilnahme ungarischer Katholiken an den Veranstaltungen während dieses Besuches. Nach vorläufigen Schätzungen sollen schon an die 50 000 Ungarn Fahrten zum Papstbesuch nach Österreich gebucht haben.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.